

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium des Innern

Ihr Ansprechpartner
Martin Strunden

Durchwahl
Telefon +49 351 564 30400
Telefax +49 351 564 30409

presse@smi.sachsen.de*

27.08.2014

Bund beschleunigt Asylverfahren

Ulbig: „Begrüße, dass der Bund handelt“

Innenminister Markus Ulbig begrüßt die Maßnahmen des Bundesinnenministeriums, mit denen die Bearbeitung der Asylverfahren beschleunigt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhält zusätzliches Personal für die Entscheidungen über Asylanträge.

Innenminister Markus Ulbig: „Ich habe immer angemahnt, dass bei steigenden Asylzahlen auch die Bearbeiter deutlich aufgestockt werden müssen. Ich freue mich, dass Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière handelt. Es muss schnell klar sein, wer unsere Hilfe braucht oder wer nicht in Deutschland bleiben kann.“

In einem Schreiben an mehrere Innenminister und -senatoren stellt Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière die Maßnahmen ausführlich dar. Dazu gehören:

- 300 neue Stellen für das BAMF – davon 200 bereits im Oktober
- Bereitstellung von Personal aus anderen Arbeitsbereichen,
- zeitweise Unterstützung durch Bedienstete von Bundespolizei und Bundeswehr,
- Planstellenerhöhung im Regierungsentwurf 2015 der Bundesregierung.

Wichtig zur Entlastung der Verfahren ist auch die Einstufung von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsstaaten. Dann sind Asylanträge aus diesen Ländern grundsätzlich abzulehnen, wenn nicht besondere Gründe geltend gemacht werden können. Gegenwärtig werden Asylanträge aus diesen Ländern zu weniger als zwei Prozent anerkannt. Der Bundestag hat ein entsprechendes Gesetz bereits verabschiedet, die Zustimmung des Bundesrates steht noch aus.

Hausanschrift:
**Sächsisches Staatsministerium
des Innern**
Wilhelm-Buck-Straße 2
01097 Dresden

www.smi.sachsen.de

Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3,6,7,8,9, 11
und 13. Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Innenminister Markus Ulbig: „Wer die Situation auf dem Balkan mit politischer Verfolgung in anderen Regionen der Welt gleichsetzt, riskiert die Solidarität für Flüchtlinge in unserer Gesellschaft“.

Außerdem beschloss die Bundesregierung heute Maßnahmen gegen den Missbrauch von sogenannter „Armutszuwanderung“. Dazu gehören gesetzliche Regelungen gegen Missbrauch der europäischen Freizügigkeit wie zum Beispiel befristete Wiedereinreisesperren oder eine Koppelung der Kindergeldberechtigung an die Steuernummer. Auf diese Weise können Doppelleistungen oder Inanspruchnahme unter Decknamen eingedämmt werden. Zum Paket der Bundesregierung gehören auch finanzielle Entlastungen für die Kommunen. Der Bund beteiligt sich beispielsweise stärker an Kosten für Unterkunft und Heizung und die Gesundheitsversorgung.

Weitere Informationen zu den genannten Maßnahmen gibt es bei:

Pressestelle Bundesministerium des Innern, Tel.: 030/18681-1022/-1023

Pressestelle BAMF, Tel.: 0911/943-4601